

Frank Henkel stellt René Stadtkewitz Ultimatum



Der

Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, [Frank Henkel](#) (Foto l.), hat René Stadtkewitz [ultimativ aufgefordert](#), seine Einladung an Geert Wilders zurückzunehmen. Anderenfalls würde er die Fraktion über seinen Ausschluss entscheiden lassen. Was die CDU sehr stark zu beunruhigen scheint, ist das Erwachen einer möglichen Konkurrenz durch einen deutschen Ableger der Wilders-Partei.

Henkel schreibt in seinem Brief an die Medien und an Stadtkewitz:

Lieber René,

mit blankem Unverständnis habe ich der heutigen Ausgabe der BILD-Zeitung entnommen, dass Du

- 1. den holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zu einer Veranstaltung nach Berlin eingeladen hast und*
- 2. auslotest, ob Du einen Ableger von Wilders' Partij voor der Vrijheid oder möglicherweise eine andere rechtspopulistische Partei zur Abgeordnetenhauswahl 2011 gründest oder unterstützt.*

Die Christlich Demokratische Union gründet sich auf Werten, zu denen die Toleranz ebenso wie die Achtung der Menschenwürde gehört. Eine Ideologie, die Menschen herabsetzt

oder einer Gruppe wie den Muslimen insgesamt und undifferenziert grundsätzlich unterstellt, sie seien zu einem toleranten Miteinander nicht bereit oder in der Lage, hat mit den allgemein akzeptierten Werten unserer Partei als auch unserer Gesellschaft nichts zu tun.

Henkel scheint zu übersehen oder darf aus politischer Opportunität – sprich aus Angst vor den MSM – nicht wahrhaben, dass die Menschenwürde *gerade im Islam* nicht gewährleistet ist. Dies beginnt bei den Frauen und endet mit der Einstellung zu „Ungläubigen“. Lieber spricht Henkel von Toleranz und von einer Politik der CDU, die zu solchen Zuständen führte, wie sie der schlaflose ARD-Zuschauer um 00:15 Uhr in dem Beitrag [„Kampf im Klassenzimmer“](#) vor Augen geführt bekam. Aber Ton und Inhalt machen ohnehin deutlich, dass der „Brief“ an René Stadkewitz mehr eine Erklärung an die politisch korrekte Presse ist.

Henkel weiter:

Herrn Wilders und seiner Partei geht es um die Dämonisierung einer ganzen Religion. Der niederländische Politiker hat den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ und den Propheten Mohammed als „Barbaren“ bezeichnet. Er ist der Auffassung, dass uns von einer „Ideologie von Gewalt“ (er meint den Islam) vor 1400 Jahren der Krieg erklärt wurde. Weiter erklärte er: „Ich werde wahnsinnig durch diesen Tsunami einer fremden Kultur, die hier immer dominanter wird“.

Henkel erinnert daran, dass Wilders den Koran mit Hitlers mein Kampf vergleicht, was ihm nicht als schlüssig erscheint. Henkel müsste demnach beide Bücher gelesen haben, da er sonst so eine Aussage nicht treffen könnte. Wer mit Sicherheit beide Werke studiert hat und lange vor Wilders den umstrittenen Vergleich zwischen Koran und „Mein Kampf“ anstellte, war Winston Churchill ([siehe Wikipedia](#)). Im Vergleich zu Henkel wohl ein geistig und politisch kleines Licht. Der

Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU ist von Intellektualität durchdrungen, weshalb er auch die Ablehnung der Ideologie mit der der Muslime gleichsetzt. Andere – nicht ganz so große Geister wie Henkel – meinen hier zwischen Ideologie und Menschen unterscheiden zu müssen.

Henkel scheint ohnehin eine eher selektive Wahrnehmung der Realität zu bevorzugen. Die Untersuchung, in der sogar der Schönredner Pfeiffer zu dem Ergebnis kommt, dass [der Islam je mehr zu Gewalt führt umso mehr nach ihm gelebt wird](#), ist ihm wohl unbekannt.

Henkel:

Zum gesellschaftlichen Konsens gehört die Ablehnung jeder nichtstaatlich und nicht demokratisch legitimierten Gewalt, sei es von islamistischen Extremisten wie der Terrorgruppe al Qaida oder anderen Fanatikern, die sich auf religiöse oder sonstige Anschauungen berufen. Selbstverständlich ist in der Union auch Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit bestimmten Fehlprägungen. So haben wir etwa in unserem einstimmig beschlossenen Integrationsprogramm deutlich gemacht, dass wir den politischen Islam als theokratisches Herrschaftssystem ablehnen, weil er unfreiheitlich und nicht mit unserer demokratischen Ordnung vereinbar ist. Einer Weltreligion wie dem Islam und seinen Anhängern jedoch grundsätzlich zu unterstellen, sie würde andere Religionen oder Nichtgläubige dauerhaft bekämpfen, ist nicht nur intellektuell einfältig, sondern auch abwegig und menschenverachtend.

„Selbstverständlich ist in der Union auch Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit bestimmten Fehlprägungen.“ Die Selbstverständlichkeit der kritischen Auseinandersetzung ging so weit, dass René Stadtkewitz die für den 4. November 2009 geplante CDU-Diskussionsveranstaltung zum Thema Islam [absagen musste](#). An dieser hätte übrigens auch die kürzlich

verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig teilgenommen. Die mangelnde Unterstützung (für Stadtkewitz) im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung führte bekanntermaßen zum Parteiaustritt des Pankower Politikers.

Hätte Henkel mehr an solchen Veranstaltungen teilgenommen oder diese zugelassen, wüsste er wahrscheinlich, dass eine Unterscheidung in einen politischen und einen unpolitischen Islam vollkommen sachfremd ist. Oder wie es der türkische Ministerpräsident Erdogan so schön (sinngemäß) sagte: „Es gibt nur einen Islam und damit hat es sich!“

Als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin kann ich nicht dulden, dass Mitglieder meiner Fraktion Personen zu Veranstaltungen einladen, die ein derartiges Gedankengut verbreiten.

Würde Henkel damit auch eine Einladung an Wafa Sultan, Ibn Warraq und Ayaan Hirsi Ali nicht dulden. Kaum zu glauben, wie ausländerfeindlich die Berliner CDU-Fraktion ist.

Völlig inakzeptabel ist auch Deine Äußerung, Du würdest ausloten wollen, ob Du für die nächste Berliner Wahl 2011 einen Ableger der Partei von Herrn Wilders gründest oder unterstützt. Die Christlich Demokratische Union Deutschland ist stolz darauf, dass sie stets und anders als andere Fraktionen eine klare Trennung und Abgrenzung zu Parteien rechts- oder linksradikaler Ausrichtung vorgenommen hat. Wir waren nie auf einem Auge blind. Offensichtlich kannst Du Dir vorstellen, eine Partei zu unterstützen, die oben genannte Äußerungen transportiert. Dies bin ich nicht bereit hinzunehmen.

In Bezug auf die Einwanderung und die Multikulti-Träumereien war die gesamte CDU blind – zumindest hatte sie aber eine rosa Brille auf. Noch wahrscheinlicher ist aber, dass für sie gilt, was Peter Gauweiler einmal so beschrieben hat: [„Wir haben vor](#)

Feigheit gestunken.“

Ich werde der Fraktion in der nächsten Sitzung vorschlagen, Dich aus der Fraktion auszuschließen, solltest Du mir nicht binnen drei Tagen verbindlich erklären, dass Du

- 1. Dich zu den Zielen und Werten der Christlich Demokratischen Union bekennt,*
- 2. die Einladung für Herrn Geert Wilders zurückziehst und Dich an einer möglichen Veranstaltung anderer mit Herrn Wilders nicht beteiligst,*
- 3. keine Organisation oder Partei unterstützt, die in Konkurrenz zur CDU Berlin bei der nächsten Wahl im Jahr 2011 antritt.*

Während Henkel nicht sieht, dass das Versagen der Union – und auch der anderen Parteien – zu dem täglich zu beobachteten Niedergang dieses Landes bei gleichzeitiger Entdemokratisierung durch die Europäische Union führt, buhlt er in vorausseilender Unterwerfung vor den politisch korrekten Medien um ein Lob für sein Verhalten.

Henkel schließt:

Ich bedaure, dass Du Dich persönlich von den Zielen der Union entfernt hast, und glaube, dass Du Dich auf einem politischen Irrweg befindest. Ich hoffe, dass Du die Kraft findest, zu den Grundsätzen und Werten, die unsere Gesellschaft gegenüber anderen, insbesondere totalitären Gesellschaftssystemen überlegen macht, zurückzukehren.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Henkel, MdA

Überlegen ist unser freiheitliches Gesellschaftssystem nur, solange es von den Bürgern dieses Landes auch verteidigt wird. Sowohl gegen die Extremen, als auch gegen den Willen der

Feigen!

» henkel@cdu-fraktion.berlin.de

Suche nach einem Bekannten



Im Kölner Westen hat die Polizei heute mit einem Großaufgebot nach guten Bekannten gesucht: Den Chefs einer türkischen Drogenbande. Den Boss der Verbrecher hatte ein Richter erst letzte Woche mit einer zweijährigen Bewährungsstrafe wieder auf die Kölner Bürger und ihre Kinder losgelassen. Bereits eine Stunde später war der Gewohnheitsverbrecher wieder bei der Arbeit.

Der [Kölner Express berichtet](#):

An der Fahndung nach drei mit Haftbefehl gesuchten Anführern eines Drogenrings sowie ihren Zwischenhändlern und Straßenverkäufern war auch ein Polizeihubschrauber beteiligt.

Die Beamten einer Kölner Einsatzhundertschaft suchten zudem mit Unterstützung von Rauschgiftspürhunden in dem Grüngelände am Görlinger Zentrum nach Drogenverstecken.

Die Razzia dauerte gut fünf Stunden, über die Ergebnisse möchte die Polizei am Nachmittag informieren.

Der Bande wird vorgeworfen, in nur einem Monat 40 Kilogramm Marihuana aus den Niederlanden für 170.000 Euro an einen 50 bis 70 Personen umfassenden Kundenstamm in Köln-Bocklemünd verkauft zu haben.

*Seit Anfang Mai 2010 ermittelt die Polizei gegen die 26 bis 38 Jahre alten Drogendealer, die nicht einmal davor zurückschreckten, Marihuana an Minderjährige zu verkaufen.
(...)*

Erst in der vergangenen Woche hat ein Gericht den 26-jährigen türkischstämmigen Haupt-Organisator der Rauschgiftgeschäfte wegen Drogenhandels verurteilt (zwei Jahre auf Bewährung). Nach Erkenntnissen der Ermittler leitete er eine Stunde nach der Urteilsverkündung das nächste größere Drogengeschäft ein.

Drogenhandel, den grüne Politiker gerne legalisieren wollen, ist kein Kavaliersdelikt, sondern Mord an unseren Kindern. Sehen Sie nicht weg, wenn Sie Zeuge verdächtiger „Geschäfte“ werden, klären Sie Ihre Kinder über die Folgen des Drogenkonsums und die Absichten der Verbrecher auf. Drogensucht ist nicht cool (Foto).

Bewährungsstrafe für ein Erwerbsleben



Sie schlugen einen 33-jährigen (!) Polizisten, der sich als solcher zu erkennen gab, in die dauerhafte Invalidität. Der Richter in Berlin-Moabit verhängte im Namen des Volkes für dieses verabscheuungswürdige Verbrechen eine „Strafe“ von ganzen 14 Monaten auf Bewährung.

Der *Berliner Kurier* [schreibt](#):

Gewalt wie aus dem Nichts heraus. Weil ein Mann „so geguckt“ hat! Das Opfer: Zivilfahnder Alexander W. (33). Er zog in der Prügel-Orgie seine Waffe, um Brutalo Yassin G. (19) zu stoppen. Doch der machte trotz Warnschuss weiter.

Wie artige Knaben saßen G. und sein Komplize Marcel K. (19) gestern vorm Richter. Yassin G. machte auf einen Ausraster nur durch Alkohol: „Ich weiß bis heute nicht, warum ich so ausgetickt bin.“ Der Mann habe „da gestanden und so zu uns geguckt“. Mit Kumpels hatte der Marzahner Lehrling am 6. Dezember gezecht. Bis sie am Forckenbeckplatz (Friedrichshain) einen Mann sahen.

Alexander W. war auf Brandstreife. Nachtdienst mit Kollegen. Jagd auf Auto-Brandstifter. Der Beamte: „Plötzlich hatte ich ein Blackout“. Yassin G. war ihm ohne Vorwarnung ins Gesicht gesprungen. Ein Tritt mit voller Wucht. Der Beamte: „Dann würgte er mich.“

Marcel K. tastete derweil den am Boden Liegenden ab, suchte Beute. Sie entdeckten das Funkgerät. „Polizei!“, rief ihr Opfer. Es gelang ihm, an seine Waffe zu kommen. Er gab einen Warnschuss ab. Dann schoss er in seiner Not G. ins Bein.

Der Beamte fassungslos: „Man schreit ‚Polizei‘, die machen weiter. Ich gebe einen Warnschuss ab, die machen weiter, ich schieße gezielt, die machen weiter.“ Er hatte Todesangst, ist traumatisiert, bis jetzt arbeitsunfähig. Das Urteil: 14 Monate Haft auf Bewährung gegen Yassin G., 12 Monate gegen K., und je 500 Euro Schmerzensgeld.

Na gut zu wissen, was die Justiz unter „härteren Strafen“ bei Angriffen auf Polizisten versteht.

(Spürnase: Chessie)

Geert Wilders kommt am 2. Oktober nach Berlin!



Es ist die Meldung, auf die viele Menschen in Deutschland schon lange gewartet haben. Der niederländische Islamkritiker und Chef der Partei für die Freiheit, Geert Wilders (Bildmitte), kommt am 2. Oktober 2010 auf Einladung des Berliner Abgeordneten René Stadtkewitz (l.) in die deutsche Hauptstadt nach Berlin. „Ich fühle mich sehr geehrt, in Berlin sprechen zu können“, sagte der 46-Jährige am Dienstag in einem Gespräch mit Stadtkewitz

(l.) und dem Gründer des islamkritischen Weblogs PI, Stefan Herre (r.), im Parlamentsgebäude von Den Haag.

Wilders unterstrich in dem Gespräch die Bedeutung Deutschlands für die [„Geert Wilders Allianz für die Freiheit“](#), die die islamkritischen Bewegungen in den fünf westlichen Ländern Frankreich, Großbritannien, USA, Kanada und Deutschland besser miteinander vernetzen soll. „Es ist nicht nur unser niederländisches Problem, dass die Freiheit eingeschränkt wird und der Islam sich ausbreitet, es ist ein Problem des ganzen freien Westens“, so Wilders. „Wenn wir in der Lage sind, die freiheitsliebenden, islamkritischen Kräfte zu bündeln und den Leuten helfen, die Nachricht zu verbreiten, würde dies auch politisch und gesellschaftlich in diesen Ländern einiges verändern. Das wäre fantastisch.“

Wo immer der Islam auf die christlich-jüdisch geprägte Kultur trifft, kommt es zu den gleichen Erscheinungen. Während die Zuwanderung aus nicht-islamischen Ländern in der Regel zu vollständiger Integration führt, kommt es bei der Immigration aus islamisch geprägten Ländern zu erheblichen Problemen. Integrationsverweigerung, Ghettoisierung ganzer Stadtgebiete, Jugendgewalt, Zwangsheirat und Ehrenmorde kennzeichnen die Städte der Niederlande genauso wie viele Städte Deutschlands. Jedoch wollen Politiker beider Länder die Gefahren dieser gezielten Zuwanderung nicht erkennen, ebenso nicht, dass die Belastbarkeitsgrenze ihrer Völker längst überschritten ist.

Im Namen unzähliger kritisch denkender Menschen in Deutschland bedankten sich Stadtkewitz und Herre bei Wilders für sein mutiges und unbeugsames Engagement. Sie machten ihm bei dem Gespräch deutlich, dass seine Arbeit gerade im benachbarten Deutschland sehr bewusst wahrgenommen und verfolgt werde. „Ich war erstaunt, dass Geert Wilders, der für seinen Einsatz einen sehr hohen Preis bezahlt, trotz allem den Humor und die Zuversicht nicht verloren hat und freue mich, ihn in Berlin begrüßen zu können“, sagte Stadtkewitz nach dem Gespräch. Auch Herre zeigte sich nach dem Gespräch sehr zufrieden: „Es hat

mich gefreut, dass Wilders vor allem die Arbeit der islamkritischen deutschen Blogs lobte und deren Bedeutung für eine ausgewogene Berichterstattung hervorhob.“

Die Vorbereitungen zur Veranstaltung, auf der Wilders in Berlin einen Vortrag in deutscher Sprache halten und erneut seinen Film Fitna zeigen wird, laufen nun auf Hochtouren. Aus Sicherheitsgründen wird eine Teilnahme nur nach vorheriger Anmeldung möglich sein, auch der genaue Veranstaltungsort und die Uhrzeit werden erst später bekannt gegeben – dafür bitten wir um Verständnis.

[Hier gehts zur Anmeldung für die Wilders-Veranstaltung am 2.10.2010 in Berlin!](#)

Update: Da in den Kommentaren vereinzelt die Echtheit des Fotos mit Geert Wilders in Frage gestellt wurde, veröffentlichen wir nachfolgend zwei weitere Fotos vom Treffen am 13. Juli in Den Haag. Aus Sicherheitsgründen war es nicht erlaubt, einen Fotoapparat mitzunehmen, weswegen die Fotos mit dem Handy aufgenommen werden mussten – wir bitten daher die schlechte Qualität zu entschuldigen:



Zwei Politiker mit Zivilcourage: René

Stadtkewitz und Geert Wilders.



Kämpfen gemeinsam gegen die Islamisierung Europas: Geert Wilders und Stefan Herre.

Zehn Regeln für ausgewogenen Journalismus



Im Tagesspiegel gibt Henryk Broder zehn Regeln für wirklich seriösen Qualitätsjournalismus heraus. Nur so sei ausgewogene Berichterstattung möglich. *Und falls du dann die Frage stellst, warum 99,9 Prozent mit den 0,1 Prozent, die ein wenig*

gewalttätig sind, nicht selber fertig werden, dann wundere dich nicht, wenn du als „islamophob“ bezeichnet wirst. [Mehr...](#)

(Spürnasen: Jörg G. und Clara Fall)

Innenminister ausgetrickst

✘ Das Verbot der türkischen Terrororganisation IHH in Deutschland ([PI berichtete](#)) ging offenbar ins Leere. Denn während die träge Bürokratie noch überlegte, hatten die Unterstützer der antijüdischen Hamas längst einen neuen Spendensammelverein für Deutschland etabliert: WEFA (*Foto*) residiert ganz offen in der Wilhelmstraße in Köln-Nippes.

Aufgedeckt wurde der Skandal [von der WAZ](#). Die Zeitung hatte im Umfeld der DITIB-Prunkmoschee in Duisburg-Marxloh recherchiert, die mittlerweile fest in Händen von Milli Görüs-Extremisten ist.

Bundesinnenminister de Maizière hat den islamistischen Spendenverein IHH in Deutschland verboten. Doch nach Recherchen der WAZ-Gruppe sammeln die Unterstützer der Hamas offenbar weiter – unter anderem in Duisburg-Marxloh.

Das von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU verhängte Verbot des islamistischen Spendenvereins IHH in Deutschland droht nach Recherchen der WAZ-Mediengruppe unterlaufen zu werden. Den Informationen zufolge trennte sich die türkische Organisation IHH (Internationale Humanitäre Hilfsorganisation) bereits seit einiger Zeit von ihrer deutschen Schwestergruppe unter dem gleichen Namen. Stattdessen setzt die türkische IHH mit Sitz in Istanbul auf den Kölner Verein „Weltweiter Einsatz für Arme“ (WEFA), den

sie als „einzige Partnerorganisation“ in Europa ihren Spendern empfiehlt. Die deutsche IHH mit Sitz in Frankfurt wurde wegen angeblicher Unterstützung der radikalislamischen Palästinenserorganisation Hamas und Verflechtung mit der islamistischen Milli Görüs Anfang der Woche bundesweit verboten.

Den Recherchen zufolge ist die türkische IHH ebenfalls als Unterstützerin der Hamas aufgefallen. Sie hat unter anderem den Schiffskonvoi organisiert, der die Gaza-Blockade der Israelis durchbrechen sollte. Diese Aktion wurde von der WEFA propagandistisch begleitet. In Videos erklären IHH-Aktivisten vor der Abfahrt der Schiffe, sie wollten als Märtyrer sterben. Die deutsche Sektion der IHH, die WEFA, sammelt in türkischen Gemeinden Geld, um dieses in Hilfsprojekte im Gaza-Streifen zu stecken, die damit die Hamas stabilisieren können.

Die Szenerie in Duisburg-Marxloh sieht auf den ersten Blick harmlos aus. Ein Montag Ende Juni. In einer Dönerbude sitzen vier Männer an einem Tisch, vor sich Tee in Gläsern. An der Eingangstür hängt ein Plakat: „DIKKAT“ steht darauf. „ACHTUNG.“ Alle Einnahmen des Tages würden den Kindern im Gaza-Streifen gespendet, heißt es. 33 Duisburger Geschäfte beteiligen sich an der Aktion, 28 Läden geben am Ende tatsächlich ihre Tageseinnahmen ab.

Doch der friedliche Blick täuscht. Das Geld sammelt die Organisation WEFA aus Köln ein. Die Spur der Spenden aus Marxloh führt von der WEFA nach Istanbul zum angeblichen Terrorverein IHH (Internationale Humanitäre Hilfe) und von dort weiter in den Gazastreifen zur Unterstützung der Hamas, wie Recherchen dieser Zeitung ergaben. Es scheint, als werde damit das Verbot der deutschen IHH mit Sitz in Frankfurt durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) unterlaufen, der so den Geldfluss aus Deutschland an die Hamas unterbinden wollte.

WEFA bedeutet „Weltweiter Einsatz für Arme“. Seit 2006 sammelt die Organisation in den türkischen Gemeinden für Hilfsprojekte in muslimischen Ländern. Problematisch dabei sind die engen Verbindungen zur türkischen IHH. Die WEFA gilt als deren wichtigster Brückenkopf in Deutschland. Wie eng die Partnerschaft ist, offenbart das Internet. Die Seiten der WEFA wurden von der IHH in Istanbul registriert und werden von dort aus organisatorisch verantwortet. In Afghanistan kamen bei einem Flugzeugabsturz vor einigen Wochen Spitzenkader der WEFA und der IHH gemeinsam um. Beide Organisationen bezeichnen sich als „Partner“.

Mehrere türkische Kenner der Szene sagten dieser Zeitung zudem unabhängig voneinander, die WEFA sei in Deutschland gegründet worden, weil die IHH den Druck des Verfassungsschutzes gespürt habe. Für den Fall eines Verbotes der eigenen Gruppe habe man ein zweites Netz schaffen wollen, über das Geld aus Deutschland abgezogen werden könne.

Nach dem Verbot der deutschen IHH distanziert sich die türkische von ihrer Geschwister-Organisation in Frankfurt. Man arbeite nicht zusammen und gehöre auch nicht zusammen. Aus dem Innenministerium heißt es dazu, beide Gruppen hätten zwar den gleichen Ursprung, agierten aber seit einigen Jahren getrennt. So stehe die türkische IHH der dortigen Regierungspartei AKP nahe und die deutsche IHH der islamistischen Bewegung Milli Görüs.

Nach Recherchen dieser Zeitung ist die Trennung allerdings nicht so scharf zu ziehen. So erhielt die WEFA, als Tarnorganisation der türkischen IHH, beispielsweise in Duisburg organisatorische Unterstützung durch Milli-Görüs-Kader – auch wenn sich die WEFA offiziell von Milli Görüs distanziert. „Unsere Mitarbeiter stehen in keiner Beziehung zu Milli Görüs“, so ein Sprecher. Zudem erklärten Insider aus dem Umfeld der großen Moschee in Marxloh, alte Milli-Görüs-Anhänger seien seit einiger Zeit in der türkischen

Regierungspartei AKP aktiv.

Zudem sind es vor allem die Verbindungen der türkischen IHH zu Terrororganisationen wie der Hamas, die in Deutschland problematisch gesehen werden. Bereits im April 2001 sagte der französische Ermittlungsrichter John Louie Bruguiere in einem amerikanischen Terrorverfahren aus, bei der IHH handele es sich um eine Art „Tarnkappe“ für Gotteskrieger, mit Ziel, die Infiltration zu fördern, gefälschte Dokumente zu besorgen und „Waffen zu schmuggeln“. Später soll die IHH nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden Geld an die Hamas geschleust oder direkt Hilfsprojekte im Gazastreifen betreut haben, die zur Unterstützung der Hamas gedacht waren. Allerdings ist es hier schwierig, die Grenze zwischen gutmenschlicher Hilfe und Unterstützung der radikalislamischen Palästinenserorganisation zu ziehen.

Nach der Abgabe Ihrer Spende oder der Tageseinnahmen Ihres Geschäfts bei der wohltätigen Organisation WEFA empfehlen wir einen Döner im Restaurant Koz im Erdgeschoss des frommen Hauses. Manchmal passt es so gut, besser könnte man es nicht erfinden.

(Spürnase: Westfale)



ARD und ZDF: Mullahs sitzen in der ersten Reihe



Während sich beim ZDF Kurt Westergaard dafür rechtfertigen muss, warum er Karikaturen zeichnet, die man dem Gebührenzahler vorenthält ([PI berichtete](#)), zeigen sich die beiden öffentlich rechtlichen Sender gegenüber dem iranischen [Mullah-Regime wesentlich aufgeschlossener](#). So haben sich vor kurzem, wie jetzt bekannt wurde, ARD-Vorsitzender Boudgoust (r.) und ZDF-Intendant Schächter (m.) mit dem Chef des iranischen Staatsfernsehens, Ezzatollah Zarghami (l.), getroffen. Dieses feiert den Propagandaerfolg umfänglich.

Der Chef des iranischen Fernsehens, Ezzatollah Zarghami, ist Mitglied der Revolutionsgarden und gehört bei diesen laut Spiegel zu den Hardlinern. Während die [USA gegen die Revolutionsgarden Sanktionen durchsetzten](#), wird diesen durch das mit Zwangsgebühren finanzierte deutsche Staatsfernsehen Gelegenheit zur Propaganda gegeben. Da diese Finanzmittel nun auf Umwegen dem Regime des Ahmadinedschad zugute kommen, kann man die Gebühren getrost als Dhimmi-Steuer (Jizya) bezeichnen, die Ungläubige an die Muslime zu entrichten haben. Die Jizya-Sender werden allerdings auch kritisiert:

„Das ist kein konservatives Fernsehen, sondern eines der Geheimdienstes und des Zwangsapparats“, kritisiert der iranische Exilpolitiker Mehran Barati die Einladung des einflussreichen Hardliners. „Es muss doch eine Schamgrenze da sein, auch gegenüber den Amerikanern.“ Zarghami, so der Vorwurf verschiedener Oppositionsgruppen, soll an einer

spektakulären Geiselnahme der Mullahs beteiligt gewesen sein. Diese hatten 1979 für mehr als ein Jahr mehr als 50 US-Diplomaten gefangengenommen.

Aber das ficht die Chefs der Jizya-Sender wohl kaum an. Wollen sie doch nun nach [Pallywood](#) augenscheinlich auch noch Mullywood etablieren.

„Propaganda, Manipulation und Repression“

„Solche Treffen sind nichts ungewöhnliches“, sagt Ausland-Korrespondent Ulrich Tilgner. Er berichtet regelmäßig aus Teheran, bis 2008 auch für das ZDF. Ausländische Sender seien eben auf das Wohlwollen des Regimes angewiesen, deswegen gäbe es Kooperationsverträge. Wenn dann mal der Irib-Chef durch Europa reise, „kann man ihm schlecht einen Besuch verwehren“.

Man müsse sich aber auch über die Arbeitsbedingungen in Iran im Klaren sein. „Das ist nicht so toll“, sagt Tilgner. „Zum Beispiel werden Journalisten der Deutschen Welle arg behindert, die Ausstrahlung des Programms unterbunden.“ Man könne sich fragen, ob es nicht eine Solidarität deutscher Sender untereinander geben sollte – und man bei Kooperationen den freien Empfang der Deutschen Welle in dem Land zur Bedingung mache.

Der Spiegel weist auf das angebliche Dilemma hin, indem die Jizya-Sender steckten:

ARD und ZDF stecken in einem Dilemma, das wissen auch die Kritiker des Treffens. Die Kungelei mit undemokratischen Machthabern auf der ganzen Welt gehört zum Geschäft. Auch aus Ländern wie China kann kaum ohne Rückgriff auf die oft staatliche Infrastruktur berichtet werden. Dass aber ausgerechnet Zarghami von Boudgoust und Schächter persönlich empfangen werden muss, sorgt nun doch für Empörung.

Tatsächlich ist aber nur die Frage zu beantworten, ob sich die deutschen Staatssender zum Diener des Gottesstaates machen wollen.

Dass ARD und ZDF künftig frei aus Iran berichten können, glaubt Mehran Barati nicht: Die BBC versuche schon seit mehr als einem Jahr, eine Sendegenehmigung für Iran zu bekommen. „Deswegen hat die BBC über die Oppositionsbewegung nur moderat berichtet“, sagt Barati. Doch auch das habe „zu nichts geführt“. ARD und ZDF sollten sich darüber klar sein, dass Kooperation auch immer bedeute, leise zu treten. Am Ende würde immer noch das Regime bestimmen, worüber ausländische Korrespondenten berichten dürfen. Barati sieht das kritisch: „Ich weiß nicht, ob die Öffentlich-Rechtlichen diesen Preis zahlen sollten.“

Aber wenn letztlich die Mullahs bestimmen, was ARD und ZDF aus dem Iran berichten, sollte auf jede „Berichterstattung“ verzichtet werden. Oder ist es dem Zwangsgebührenzahler wirklich zuzumuten, dass die Inhalte von ihm bezahlte „Dokumentationen“ schlussendlich von einer Religions-Diktatur bestimmt wird und damit letztlich Propaganda darstellt?

Kontakt:

- » zuschauerredaktion@zdf.de
- » info@daserste.de

Weiterführende Links:

- » homylafayette: [Regime's propagandist welcomed by two German television network presidents](#)
- » JP: [German public television hosts Iranian broadcast boss](#)
- » LA Times: [German trade with Iran has life of its own](#)
- » Wadi Blog: [ARD & ZDF: Hier sitzt das iranische Regime noch in der ersten Reihe](#)
- » Ali Schirasi: [ARD und ZDF empfangen Hauptmann der](#)

Türkin sechs Jahre lang schwer misshandelt



Eine heute 28-jährige Türkin erlebte durch ihren Mann, dessen Bruder, Vater und Schwiegermutter mitten in Deutschland ein jahrelanges Martyrium. Die junge Frau wurde von ihren Besitzern sechs Jahre lang schwer misshandelt. Einen Fall mit derartigen Verletzungen habe sie in ihrer knapp 20-jährigen Praxis in der Rechtsmedizin noch nie erlebt, erklärte gestern eine medizinische Sachverständige zum Prozessauftakt.

Die *Augsburger Allgemeine* [schreibt](#):

Die Übergriffe begannen laut Anklage im Jahr 2003, kurz nach der Geburt des ersten Kindes. Nach der Heirat in der Türkei kam die junge Frau 2001 nach Deutschland. Bis heute spricht sie kaum Deutsch, wurde durch die türkische Familie ihres Ehemannes isoliert. Bis zu ihrer Flucht aus dem Haushalt im Oktober 2009 soll es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen gekommen sein. Allein dem 30-jährigen Ehemann werden elf Fälle der gefährlichen Körperverletzung zur Last gelegt.

Er soll sie immer wieder mit verschiedensten Gegenständen

geschlagen und ihr den Oberarm gebrochen haben. Auch dessen Vater und Bruder stehen wegen gefährlicher Körperverletzung vor Gericht. So soll der Bruder seine Schwägerin Ende Oktober 2005 gefesselt und geknebelt haben und ihr mit einem Stock so lange auf die Oberschenkel geschlagen haben, bis er keine Kraft mehr hatte. Auf der Anklagebank sitzt auch die Mutter des Hauptangeklagten, die ihre Schwiegertochter ebenfalls geschlagen haben soll.

Als Folge der jahrelangen Misshandlungen trug die junge Frau nach Einschätzung der medizinischen Sachverständigen Dr. Jutta Schöpfer Schäden davon, die irreversibel sein könnten. So etwa an den Oberschenkeln und am Ohr, das nach Schlägen mit einem Besenstil deformiert ist. Einen Fall mit derart zahlreichen Verletzungen, ausgelöst durch so massive Gewalteinwirkung, habe sie in ihrer knapp 20-jährigen Praxis in der Rechtsmedizin noch nie erlebt, erklärte Schöpfer gestern der Kammer unter Vorsitz von Richter Karl-Heinz Haeusler. Über eine halbe Stunde listete die Sachverständige die festgestellten Narben am Körper der jungen Türkin auf, die von den schweren Misshandlungen zeugen.

Wenns nach Linken und Grünen geht, dürfen solche Fälle nicht mal erwähnt werden. Schließlich gibt es ja auch prügelnde deutsche Männer... – Verbotsirrtum?

(Spürnase: Denker)

Brunner soll zum Täter

geredet werden

☒ In München beginnt der Prozess gegen die Mörder von Dominik Brunner, den jungen Unternehmer, der sich in der Münchener U-Bahn schützend vor Kinder stellte und dafür totgeschlagen wurde. Die Strategie der Verteidigung ist rechtsstaatlich legitim: Dem Opfer möglichst viel Mitschuld am Geschehen zuzuschieben. Teile der Presse unterstützen dieses Vorhaben, recherchieren im privaten Umfeld des Opfers und versuchen, den posthum mit zwei Orden ausgezeichneten Verstorbenen ins Zwielficht zu rücken. Aus politischen Gründen.

Vom Prozessauftakt [berichtet die Märkische Allgemeine](#):

Markus S. und Sebastian L. müssen sich wegen Mordes verantworten. Sie sollen Brunner im vergangenen Herbst auf dem Münchner S-Bahnhof Solln zu Tode geprügelt haben, als er sich schützend vor zwei Schülerinnen und zwei Schüler stellte. Zuvor hatten die Jugendlichen den Ermittlungen zufolge die Schüler bedroht und 15 Euro von ihnen verlangt.

Doch das sei nicht ganz ernst gemeint gewesen, beteuerten beide Angeklagten vor Gericht. Er habe zwar zu den Schülern gesagt, „dass wir sie abziehen wollen“, sagte Sebastian L. – „ich wollte halt Angst machen“. Tatsächlich aber hätten er und sein Kumpan in der S-Bahn bereits von dem Plan abgelassen, von den Schülern Geld zu erpressen. Beide hätten zuvor Alkohol getrunken und in der S-Bahn Musik gehört. Nur wegen des Geplänkels mit Brunner und den Schülern seien sie zwei Stationen zu weit gefahren und somit ebenfalls am S-Bahnhof Solln ausgestiegen. Er habe das Gefühl gehabt, die Schüler hätten über ihn und Markus S. gelästert, sagt Sebastian L.

Für Markus S. verlas sein Anwalt eine Erklärung. Darin beruft sich der 19-Jährige auf Gedächtnislücken. „Ich würde gerne selbst zu der Aufklärung meines schrecklichen Handelns

beitragen“ – er könne sich aber nicht genau erinnern.

Auf jeden Fall habe Brunner auf dem S-Bahnhof zuerst zugeschlagen, heißt es in der Erklärung von Markus S. Er selbst sei dann furchtbar wütend geworden und auf Brunner losgegangen. Er habe ihn geschlagen und könne auch nicht ausschließen, dass er ihn getreten habe. Details wisse er aber nicht mehr: „Ich muss voll einen Blackout gehabt haben.“ Auch bei der Vernehmung durch die Polizei habe er sich an Einzelheiten schon nicht mehr erinnern können, hieß es weiter in der vom Anwalt verlesenen Erklärung.

Schon Tage vor Prozessbeginn veröffentlichten Teile der linken Presse die Ergebnisse wochenlanger Recherchen – mit dem klar erkennbaren Ziel, das Mordopfer Brunner mit dem gesamten Repertoire schmuddeliger Journalistentricks ins Zwielflicht zu rücken. Denn in den Redaktionsstuben herrscht klammheimlicher Ärger über die Zustimmung, die die Zivilcourage des erfolgreichen Unternehmers bei der deutschen Bevölkerung auslöste.

Ein Bürger, der sich gegen Straßengewalt zur Wehr setzt, das geht garnicht. Da muss doch etwas zu finden sein, und sei es der angebliche Besuch von brutalen Boxveranstaltungen oder eine Unternehmervilla, die sich hinter hohen Bäumen dem strengen Blick der forschenden [Journalistin Claudia Keller](#) entzieht. Die Dame, deren Hauptarbeitsfelder sonst Schmutzkampagnen gegen christliche Kirchen und das Schönschreiben moslemischer Immigration sind, hat ihre Aufgabe so gut erfüllt, dass ihr Artikel über den „unheimlichen Helden“ Dominik Brunner nicht nur [im Tagesspiegel erscheint](#), sondern auch über drei Seiten den Lesern [der ZEIT zugemutet wird](#).

Die manipulativen Tricks, ein verschworenes dörfliches Umfeld kleinbürgerlichen Schweigens zu malen, werden dabei so plump und dick aufgetragen, dass man meinen könnte, das Drehbuch

eines Tatort-Krimis fürs deutsche Zwangsfernsehen vor sich zu haben. Bereits die theatralische Einleitung lässt alle Hoffnung schwinden, hier sei beabsichtigt, sich dem ernstesten Thema ohne linke Ressentiments zu nähern:

Zwei Kämpfer stehen sich gegenüber, die Oberkörper entblößt, die Muskeln angespannt, über die Brust rinnt Schweiß. Plötzlich springt einer nach vorne und, zack, sitzt der Kinnhaken. Es ist Samstagabend, es ist „Steko's Fight Night“. Wenn die Faust auf den Körper trifft, klingt es dumpf, manchmal stöhnt ein Kämpfer, wenn er einen Schlag setzt.

An die 3000 Zuschauer sind in die Münchner Zenith-Halle gekommen und still jetzt. Sie schauen nach vorne, wo dem einen Blut aus der Nase rinnt und der andere taumelt. Nach zwei Minuten ist alles vorbei. Der Ringrichter reißt den Arm eines Boxers nach oben. Die Lichtanlage setzt ein und schenkt dem Sieger Blau und Rot.

Und wen entdeckt die Tatort-Kamera nun inmitten der blutrünstigen Menge? Richtig: das spätere Opfer Dominik Brunner. Uns dieses mitzuteilen, ist ganz schön mutig von der Journalistin, denn eine verschworene Dorfgemeinschaft Jessen'scher Spießbürger, der man mittlerweile alles zuzutrauen bereit ist, setzt alles daran, die sensationelle Entdeckung unter den Teppich zu kehren:

Manchmal saß hier auch Dominik Brunner im Publikum. Aber das soll man eigentlich nicht schreiben. Kickboxen hat keinen guten Ruf, klingt nach Milieu und brachialer Gewalt. Wer Dominik Brunner damit in Zusammenhang bringt, verleumdet ihn, sagen seine Freunde und seine Nachlassverwalter. Denn Dominik Brunner ist der „Held von Solln“.

Na wenn da der ZEIT-lesende Studienrat nicht hellhörig wird. Und jeder Tatort-Zuschauer weiß mittlerweile, dass jedes deutsche Dorf, verborgen hinter einer Mauer des Schweigens,

der Angst und der Abhängigkeiten, seine Leiche im Keller hat. Geübte Fernsehkommisare wissen auch längst, dass die Dorfleiche, wenn nicht im Pfarrhaus, dann in der Unternehmervilla zu suchen ist:

Der Held muss Held bleiben. Aber hat nicht jeder Mensch auch Schwächen?

„Wenn die Offiziellen nichts sagen wollen, dann will ich das auch nicht“, sagt Franz Zellner, ein Schulfreund von Brunner in Ergoldsbach. „Sonst heißt es: warum hast du dich vorgedrängt?“ Am Ende werden die Schläger freigesprochen, sagt Zellner, so laufe es doch immer.

„Hier reden die Leute halt nicht gerne“, sagt Bürgermeister Ludwig Robold in seinem Rathausbüro an der Hauptstraße. Es klingt gequält, er will höflich sein, aber eigentlich auch nichts sagen. Robold ist gelernter Kaminkehrer und seit zwei Jahren im Amt der 7000-Einwohnergemeinde, in der es 50 Vereine gibt. Der „Nick“, wie Dominik Brunner hier genannt wurde, sei sehr verwurzelt gewesen, auch wenn er sich im Vereinsleben nicht so engagiert habe, sagt Robold. Er sei auch sehr sozial gewesen und vor allem „nie hochgestochen“, obwohl er doch aus einer so wohlhabenden Familie stamme. Im Mai vergangenen Jahres habe er seinen 50. Geburtstag mit einem großen Fest im Garten vor seinem Haus in Ergoldsbach gefeiert. 200 Gäste seien geladen gewesen. Er habe sich sehr gefreut über die Einladung, und man merkt dem Bürgermeister an, dass er auch ein bisschen stolz war, dazuzugehören. „Man hat einen schönen Abend gefeiert, aber bittschön, das sind jetzt Privatsachen“, sagt Robold und muss dann wirklich los.

Hinter dem Ergoldsbacher Bahnhof den Hügel hinauf steht eine der alten Fabrikationshallen von Erlus. Hundert Meter seitlich liegt ein Grundstück, das von einer hohen Mauer umgeben ist. Hinter dem schmiedeeisernen Tor führt ein Kiesweg in einen Park und verliert sich zwischen hohen Tannen. Man kann die Umrisse eines Hauses erkennen: die

Fabrikantenvilla. Hier leben die Brunners seit vielen Jahren, hier ist Dominik aufgewachsen.

Oskar Brunner hat Erlus groß gemacht und verfolgt auch mit 79 Jahren die Geschäfte im Aufsichtsrat. Dominik war das einzige Kind – und „eher ein mittelmäßiger Jurist“, wie einer sagt, der ihn von seiner Zeit als Anwalt kannte. „Aber Mittelmaß geht nicht in einem Dorf in Niederbayern, wenn der Vater exzellent ist.“

Vielleicht hat der Sohn deshalb nach dem Studium das Weite gesucht und als Anwalt in San Francisco und Paris gearbeitet. Vielleicht auch deshalb nach seiner Rückkehr in die Heimat zwei, drei Jahre im Boxclub trainiert.

Auf derselben Hügelkuppe wie die Villa der Brunners, aber etwas weiter vorne, dem Tal zugewandt, steht ein frisch geweißtes Haus mit grünen Fensterläden. Am Briefkasten steht noch der Name des Bewohners: Dominik Brunner. Das Haus ist von allen Seiten einsehbar, kein Baum und keine hohe Mauer nehmen die Sicht. Hier wohnte ein Mensch, der sich nicht zurückziehen wollte hinter hohe Tannen, sondern dazugehören.

„Die Medien haben ihn auf diesen Sockel gestellt, auf einmal war er der ‚Held von Solln‘“, sagt Harald Bardenhagen, ein Kuratoriumsmitglied der Brunner-Stiftung. Die ganze Überhöhung und Heroisierung ist ihm unheimlich. Sie von der Stiftung hätten das gar nicht gewollt und auch nicht befördert. Aber nun, da es so sei, wie soll man ihn vom Sockel holen, ohne dass der Name, dass die ganze Sache beschädigt wird? Deshalb habe man schon ein bisschen Sorge vor den Schlagzeilen aus Anlass des Prozesses.

Harald Bardenhagen ist als Einziger bereit zu reden. Er steht im Konferenzraum seiner weitläufigen Anwaltskanzlei und zeigt auf die Münchner Oper gegenüber. Bardenhagen, 58 Jahre alt, dunkelgrauer Anzug, goldene Manschettenknöpfe, ist ein Freund der klassischen Musik. Wenn er wie jetzt für die Brunner-

Stiftung ein großes Benefizkonzert im Gasteig auf die Beine stellt, ruft er seine Freunde an, Dirigenten, Sänger, Festivalchefs, schon läuft das. Mit Uli Hoeneß im Kuratorium, mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und anderen prominenten Unterstützern könne man richtig viel bewirken – und alles im Namen von Dominik Brunner. Den kannte er, weil er Erlus als Anwalt berät. Brunner sei ein „anständiger“ Mensch gewesen, der in Verhandlungen darauf geachtet habe, dass auch die andere Seite das Gesicht wahren könne, bei einem Geschäft sei für ihn die Qualität des Produkts wichtig gewesen und nicht nur, wie viel Geld herausspringt. Ob Brunner Kickboxen trainiert habe, wisse er nicht, sagt Bardenhagen. „Und wenn, warum nicht?“

Na wenn da nicht noch mehr verborgen ist... soll man wohl denken. Schließlich gehört es zu den festen Glaubenssätzen der Deutschen, dass Erfolg und Reichtum nicht durch Fleiß und Leistung, sondern nur durch dunkle Machenschaften zu erreichen sind. Um dem Leser die gewünschte Denkspur zu weisen, führt uns Frau Keller zum Abschluss wieder ins gewalttätige Schlussbild. Nein, nicht wie Dominik Brunner am Bahnhof Solln von zwei Verbrechern zu Tode getreten wird, sondern in die Sporthalle, wo Brunner vor Jahren womöglich auch eine Boxveranstaltung angesehen hat:

Zenith-Halle München, bei „Steko's Fight Night“ geht es auf Mitternacht zu, jetzt kämpfen zwei Frauen gegeneinander. Sie haben zarte, schmale Gesichter, eine ist blond, die andere dunkelhaarig. Wie Bögen sind ihre Körper gespannt und bewegen sich doch geschmeidiger als die der Männer, vor und zurück, vor und zurück, und, zack, wieder klatscht ein Treffer mitten ins Gesicht. Bei einem Schlag knackt es leise in einem der Boxhandschuhe. Ein Auge ist dicker jetzt als vor 20 Minuten. Die Kämpferin schüttelt sich kurz, schnellert zum Gegenangriff nach vorne und knallt der Gegnerin eine Kombination aus Faustschlägen auf Kopf und Brust. Macht es den Helden zu einem, der mit schuld ist an seinem Tod, weil er solchen

Kämpfen hier zugeschaut hat?

In einer Wettkampfpause erzählt Mladen Steko von seinem Sportclub in München. Bei ihm trainieren Studenten, Angestellte, Manager von BMW und Renault, Männer und Frauen. „Die meisten wollen beruflichen Stress abbauen“, sagt Mladen Steko. Ja, auch Dominik Brunner habe ein paar Probestunden genommen, er sei aber Anfänger geblieben. „Vielleicht hat jemand, der schon mal eine Boxstunde genommen hat, ein anderes Auftreten“, sagt Steko. „Vielleicht traut sich so jemand eher, den Mund aufzumachen, wenn Unrecht geschieht, weil er keine Angst hat, einen Schlag abzukriegen.“ Zu den Fight Nights sei Brunner vor allem deshalb gekommen, weil ein Mitarbeiter der Erlus AG Profi-Boxer ist und von der Firma gesponsert wird. Es gibt sogar Fotos, die Brunner, den Finanzier, mit Dominik Haselbeck nach einem Sieg zeigen.

Auch Haselbeck gehört zu den Personen aus Brunners Umfeld, die jetzt nicht mehr öffentlich über ihn sprechen wollen. Erlus sei das nicht recht, sagt er, und er sei auf die Unterstützung der Firma angewiesen.

In München stehen die Mörder von Dominik Brunner vor Gericht. Die deutsche Presse eröffnet die Jagd auf das Opfer. Dazu gehören auch Schlagzeilen wie die des STERN: [Angeklagte gestehen: „Er hat als Erster zugeschlagen!“](#)



(Vielen Dank an alle Spürnasen!)

1.000,- Euro Geldstrafe für Lehrerbeleidigung



Na also, es geht doch. 1000,- Euro muss eine Tunesierin dafür bezahlen, dass sie die Lehrerin ihres Neffen übelst beleidigt. Diese hatte den Jungen während der Pause im Lehrerzimmer „gefangen gehalten“, nachdem dieser zuvor völlig grundlos eine Mitschülerin geschlagen hatte.

Vergeblich hatte sie die Rassismuskarte vor Gericht gespielt.

Die WAZ [schreibt](#) über dieses mangelnde Verständnis der anderen „Kultur“:

Pädagogen müssen sich nichts gefallen lassen: Das Amtsgericht Hagen hat jetzt die Tante eines Schülers zu 1000 Euro Geldstrafe verurteilt, weil sie in der Schule erschien und die Lehrerin übel beleidigte.

Wenn es um Hakim (7) geht, kennen die Angehörigen des kleinen Jungen kein Pardon: „Unser Kind wird von den Lehrern in der Schule absichtlich schlecht behandelt, nur weil es schwarze Haare hat und an Allah glaubt.“

Diese kühne Auffassung vertreten Mutter Miriam A. (28, Altenpflegerin) und ihre Schwester Hajer A. (26, Arzthelferin) in aller Deutlichkeit – selbst gegenüber dem Schulamt, wo sie sich schriftlich über den angeblichen „Rassismus an der Grundschule“ beschwerten.

Manchmal drohen die beiden Frauen mit tunesischen Wurzeln und deutschem Pass auch damit, „einen Anwalt und die Presse

einzuschalten“. Oder sie erscheinen, mit dem Großvater im Schlepptau, auf dem Gelände der Karl-Ernst-Osthaus-Schule an der Lützowstraße und machen Terz.

So war das am 18. März in der zweiten großen Pause. Während die anderen Kinder auf dem Schulhof toben durften, musste Rabauke Hakim unter Aufsicht im Lehrerzimmer bleiben: „Er wurde dort unschuldig eingesperrt und gefangen gehalten“, sind Mutter und Tante bis heute überzeugt. „Das wollten wir mal spontan abklären.“

Doch Lehrerin Andrea Riedel (27) wies die beiden aufgebrauchten Frauen ab: „Ich habe heute die Pausenaufsicht und deshalb keine Zeit für ein Gespräch. Bitte machen Sie zunächst einen Termin aus.“

Aus Sicht der Pädagogin stellt sich der Fall ohnehin ganz anders dar. Hakim hätte während der Frühstückspause eine Mitschülerin geschlagen und sei auch schon die Tage davor aggressiv und angriffslustig gewesen. „Deshalb musste er während der Pause im Lehrerzimmer bleiben, um die Sicherheit der anderen Kinder zu gewährleisten.“

Tante Hajer A. geriet in Rage, schrie die Lehrerin an: „Rassisten-Fo...“, ein derbes Schimpfwort, das im wahrsten Sinn des Wortes unter die Gürtellinie zielte. „Eine der hässlichsten Beleidigungen, die man zu einer Frau sagen kann“, befand Amtsrichter Dietmar Peter.

Bis zuletzt hatte die Angeklagte rundherum bestritten, das Schimpfwort überhaupt in den Mund genommen zu haben und ihre Schwester, die Mutter von Hakim, bekräftigte das nochmals als Zeugin.

„Das Gericht glaubt ihr nicht. Ein Falschaussage-Verfahren wird demnächst an anderer Stelle stattfinden“, kündigte Richter Peter an.

Nicht wahr, auf solche Zuwanderung können wir doch stolz sein. Ist ja auch schlimm: Lehrer rassistisch, Richter rassistisch, Mitschüler rassistisch...Warum lässt sie sich nicht klaglos schlagen? Und warum verlangt die ungläubige Lehrerin von Herrenmenschen Termine?

(Spürnase: Werner Sch.)

Harburg: Mahnwache zum Gedenken an Pascal E.



Am 6. Juli 2010

wurde zum Gedenken an den Tod von Pascal E. zu einer Mahnwache auf dem Rathausmarkt in Hamburg-Harburg von der Gruppe „Gegen Gewalt in Harburg“ aufgerufen. Mit einer Schweigeminute wurde an Pascal erinnert.

Als Redner aus der Bevölkerung trat der Bezirkshandwerksmeister Dierk Eisenschmidt auf, der auf die zur Zeit in Hamburg erlebte langsame Justiz aufmerksam machte, infolge dessen einige Täter immer wieder Zeit hatten, weitere Straftaten zu verüben. „Die Justiz muss mit dem Hintern hochkommen und sich endlich bewegen!“, so Eisenschmidt. Außerdem bedauerte er, dass bei der Mahnwache keine Migranten anwesend waren.

Aus der Politik wurden die Bezirkspolitiker R. Bliefernicht (CDU) (islamkritisch), J. Heimath (SPD), R. Preuß (Grüne) und I. von Eitzen (FDP) interviewt. Leider muss hier gesagt werden, dass diese Hobbypolitiker sich in der Bezirksversammlung Harburg nur mit Baurecht, Straßenbau und Verkehr beschäftigen. Politische Entscheidungen werden nicht im Harburger Rathaus, sondern im Hamburger Rathaus getroffen. Aus dem [Hamburger Rathaus](#) wurden die direkt gewählten Harburger Politiker D. Dreyer (CDU) und S. Schumacher (SPD) und Mitglieder aus dem Innenausschuss vermisst.

Da die anwesenden Politiker überfordert waren und für die Trauernden nur unverständliche Antworten gaben wie z.B. „wir sind nur Hobbypolitiker“ oder „wir werden der Hamburger Bürgerschaft berichten“ wurde die Empörung der Trauernden immer größer und äußerte sich in wütenden Zwischenrufen. Aufgrund der Zwischenrufe glaubten die Politiker, dass sie die Trauernden über das Grundgesetz aufklären müssten. Sie versuchten zu erklären, dass die richterliche Unabhängigkeit wichtiger sei als der Opferschutz, was besonders dem Vertreter der SPD wichtig erschien. Diese Äußerungen verstanden die Trauernden überhaupt nicht, weshalb die wütenden Zwischenrufe wieder lauter wurden.

Leider hatte der Reporter der [taz](#), Niels Kreller, und der direkt gewählte Abgeordnete [Sören Schumacher](#) (SPD), der nicht an der Diskussion teilnahm, Zweifel an der rechtsstaatlichen Einstellung der Trauernden. Auch die [grüne Jugend](#) sah nur böse Rechte.

Mit Trauerliedern wurde die Veranstaltung beendet.

Videos:

- » HAN: [Bilder von der Mahnwache](#)
- » HAN: [Politik und Justiz unter Druck](#)
- » HAN: [Die Harburger leben in Angst](#)

» Abendblatt: [Lichter gegen die Verunsicherung](#)



WM - Fernsehübertragung ohne Nationalhymne



Während sich so mancher Zuwanderer als Deutscher versteht und zusammen mit uns die Nationalmannschaft feiert, zeigt die ewige Linke ihre Miesepetrigkeit. Spiegel-TV zeigt, wie unterschiedlich Deutsche auf die Begeisterung für die Nationalmannschaft reagieren. Nicht jeder ist so begeistert wie der in Neukölln lebende [arabischstämmige Deutsche](#) Ibrahim Bassal.

Eingefleischte Deutschlandhasser geben sich angesichts von patriotischer Begeisterung eher unangenehm berührt bis hin zur völligen Ablehnung. Beim Abspielen der Nationalhymne wird während der im Kollektiv beobachteten Fernsehübertragung der Ton abgedreht und der Protest gegen den ausufernden

Nationalismus durch eisernes Sitzenbleiben während der Hymne demonstriert. Wenn das Westfernsehen mit Ton wieder erlaubt ist, nimmt man als guter Linker und damit als Mitglied der allgegenwärtigen Sprachpolizei die „Sprache des Dritten Reiches“ im Rahmen der Fußballberichterstattung wahr.

Allerdings zeigt sich die Linke durchaus versöhnlich und bewundert unser Nationalteam mittels eines Beamers mitsamt Leinwand. Augenscheinlich als Zeichen des Entgegenkommens wird auf den Einsatz eines [DDR-Fernsehgerätes](#) verzichtet.

(Videobearbeitung: Antivirus)

Islamverharmlosung, “christlich” autorisiert



Aus der Kirche ist sie ausgetreten, weil die ihr nicht islamfreundlich genug war. Brigitte Hutt ist untröstlich, dass die Deutschen dem Islam mit Misstrauen begegnen und Artikelschreiberin Maria Sileny erkennt im Schweizer Minarettbauverbot gar eine Einschränkung des Rechtes auf Religionsfreiheit.

Das katholische Frauenblatt „Engagiert“ [schreibt](#):

Der Islam ist somit zweitgrößte Religion in Deutschland. Eine Religion allerdings, die mit wachsendem Misstrauen betrachtet wird. Gewalttaten radikaler Islamisten schüren Ängste, die durch einseitige Berichterstattung vieler Medien noch verstärkt werden. Selbst das öffentlich-rechtliche Fernsehen soll zu 80 Prozent negativ über die Religion Islam berichten, das ergeben wissenschaftliche Untersuchungen. Sendungen wie „Hassprediger in Deutschland“ oder „Terroristen als Nachbarn“ tragen dazu bei, dass jede Muslima mit Kopftuch, jeder bärtige Muslim als potenzielle Gewalttäter angesehen werden. Wie weit die Furcht vor Muslimen gehen kann, zeigt sich in der Schweiz. Per Volksabstimmung haben die Schweizer Ende letzten Jahres den Bau von Minaretten in ihrem Land verboten. Dafür haben sie in Kauf genommen, dass in ihrem Land eines der demokratischen Grundrechte beschnitten wird: das Recht auf Religionsfreiheit.

Warum ein Verbot, Minarette zu bauen, das Recht auf Religionsfreiheit beschneidet, entzieht sich jetzt unserer Kenntnis. Dass [gläubige Moslems gewaltbereiter](#) sind, ist ein allgemeines Wissen. Und dass auch sogenannte gemäßigte Moslems, die keinem Außenstehenden etwas tun, sich von „Ungläubigen“ fernhalten, ihre Kinder zwangsverheiraten oder ihre Ehen mit Fremden arrangieren, Kinder oder Jugendliche verheiraten, ihre Töchter, Schwestern, Cousinen bei „Fehlverhalten“ „ehren“morden und ihre Ehefrauen nach Herzenslust „beackern“, alles nicht der Rede wert. Moslemische Frauen haben keine Menschenrechte. Auf einmal sind die unwichtig.

Dieses Recht gilt nach wie vor in Deutschland – auch für die Muslime. Doch dort, wo ihr Glaube sichtbar wird, entstehen vielfach Konflikte. Wie in der Schweiz flammen sie mitten in der Gesellschaft auf, insbesondere dann, wenn eine Moschee gebaut werden soll. So auch im Münchner Süden, wo ein

jahrelanger Zwist um eine geplante Moschee ein ganzes Viertel entzweite – bis die Muslime kürzlich aufgaben.

Die armen Moslems und die bösen Deutschen! PI hat das Gezerre um die Moschee [von Anbeginn an](#) begleitet. PI berichtete neben vielen anderen Beiträgen unter anderem [hier](#).

Wachsende Kriminalität, sogar ein Al-Qaida-Netzwerk direkt in der Nachbarschaft haben die Einheimischen befürchtet. Solche Ängste kann die engagierte Katholikin Brigitte Hutt nicht verstehen. Als Mitglied im Pfarrgemeinderat der dortigen katholischen Gemeinde hat sie die Moscheebau-Pläne aktiv unterstützt. „Es geht nicht um Bin Laden, es geht nicht um Weltpolitik. Es geht nur um Menschen, die beten wollen“, sagt sie. Seit fünf Jahren setzt sich die Informatikerin in der „Gesellschaft Freunde Abrahams“ für interreligiöse Verständigung zwischen Christen, Juden und Muslimen ein. „Befürchtungen sind oft abstrakt“, gibt sie zu bedenken. „Den Islam“, sagt sie, gebe es genauso wenig wie „das Christentum“. Es gibt aber Muslime in der Nachbarschaft, Menschen, die man auf der Straße trifft. Sie heißen Deniz oder Fatma und sind vom Islamismus genauso weit entfernt wie ein durchschnittlicher Katholik von der Piusbruderschaft. Dafür sind sie hilfsbereite Nachbarn, Eltern, die sich bemühen, ihre Kinder gut zu erziehen. Kurz: Sie sind anders, als Klischees und Vorurteile suggerieren wollen. Brigitte Hutt weiß das. Denn sie kennt viele Muslime persönlich. Sie sei erschüttert, wie sehr eine Ablehnung eskalieren kann, fasst sie ihre Erfahrungen um den geplatzten Münchner Moscheebau zusammen. Die Haltung einiger Mitchristen habe sie grenzenlos enttäuscht. „Solange wir in der Türkei keine Kirchen bauen dürfen, sollen auch bei uns keine Moscheen entstehen“: Als sich der Pfarrgemeinderat hinter Argumente wie dieses stellte, sei sie ausgetreten. Für Brigitte Hutt gilt vielmehr: „Ich setze mich für die Rechte der Muslime ein, gerade weil ich Christin bin. Denn für mich als Christin heißt Nächstenliebe, in Vorleistung zu gehen, ohne zu

erwarten, dass eine Gegenleistung kommt.“

Intolerant, undemokratisch, frauenfeindlich sei der Islam, meint die Mehrheit der Deutschen, wie Umfragen zeigen. Doch nicht viele kennen, anders als Brigitte Hutt, die muslimischen Nachbarn persönlich. Dabei reicht es aus, an die Tür nebenan zu klopfen.

Gut zu wissen, dass es *den* Islam ebensowenig gibt wie *das* Christentum. Und dass Moslems allgemein ihre Kinder gut erziehen. Und dass *der* Islam, den es ja nicht gibt, seine Intoleranz, Demokratie- und Frauenfeindlichkeit aufgibt, wenn man nur nebenan klingelt...

(Spürnase: Stoawonga)

Hacker betreibt Cyber- Counter-Dschihad

☒ Seit Januar legt je nach Umständen ein anonym bleibender Hacker Webseiten für eine von ihm gewählte Zeit lahm, wenn diese für den Dschihad werben, oder Inhalte zur Ausbildung, Organisation und Rekrutierung enthalten. So schaltete er neben der Website der Taliban auch die des libyschen Staatschefs für 30 Minuten ab, als Gaddafi der Schweiz mit Dschihad gedroht hatte.

Wie er die Cyber-Dschihadisten bekämpft, verrät er der [WELT](#) in einem Interview. Auszüge:

[...]

Joker: Ich will die Internetaktivitäten der Dschihadisten stören. Sie haben begriffen, dass sie sogenannte „home-grown-

Terroristen“ komplett über das Internet rekrutieren, ausbilden und steuern können. Die Web-Rekrutierung zielt auf junge, technisch versierte Muslime ab, die iPod-Generation. Wenn diese Internetseiten nicht mehr vertrauenswürdig sind, sinkt die Zahl der potenziellen Rekruten. Aus sicherheitsrelevanten Gründen wäre es dumm von mir, zu viele Informationen über mich preiszugeben.

WELT ONLINE: Was ist Ihre Motivation?

Joker: Hauptsächlich weil kein anderer die Bedrohung ernst nimmt. Es gibt viele Blogger und Sicherheitsanalysten, die einen guten Job bei der passiven Berichterstattung machen, aber ich bevorzuge eine direktere Herangehensweise. Dass ich jeden Angriff twittere, dient dazu, die Moral der Webseiten-Betreiber zu untergraben. Außerdem macht es die Antiterror-Behörden auf sie aufmerksam.

[...]

Joker: Das erste Ziel war die Website der afghanischen Taliban. Sie diente dazu Propaganda zu verbreiten und zu gewaltsamem Dschihad aufzurufen. Ich habe die Seite am 1. Januar 2010 das erste Mal abgeschaltet. Seit dieser Zeit machen mich viele Leute auf Websites aufmerksam, die ich dann auf ihre Gefährlichkeit überprüfe, bevor sie auf meiner Hit-Liste landen.

WELT ONLINE: Warum schalten Sie dschihadistische Internetseiten nur für einen begrenzten Zeitraum ab?

Joker: Ich könnte viele dauerhaft abschalten, aber das wäre unverantwortlich, denn viele offizielle Anti-Terror-Behörden sind auf diese Seiten angewiesen, um an Informationen zu gelangen.

[...]

Joker: Anfangs war es nur eine Herausforderung, aber es ist

ernster geworden. Nachdem ich einige Morddrohungen bekommen habe, habe ich mich entschieden, weiterzumachen und mir aktiv neue Ziele zu suchen. Das langfristige Ziel ist, mit den Servern, Systemen und Methoden der Online-Islamisten zu spielen, bis sie nicht mehr wissen, wem sie vertrauen können. So wird das Internet zum ineffektiven Werkzeug für sie.

WELT ONLINE: Warum haben Sie das einflussreichste Dschihad-Forum bislang verschont?

Joker: Ich bin froh, dass mir diese Frage gestellt wird. Indem ich bestimmte Seiten nicht attackiere, dafür aber andere hart treffe, treibe ich die Online-Dschihadisten zusammen. Die Leute lassen sich leicht abbringen wenn eine Webseite immer wieder on- und offline ist. Sie wandern zu vertrauenswürdigeren Seiten ab. Dies schafft einen Trichter-Effekt und treibt sie in einen kleineren Raum, den man leichter überwachen kann.

(Spürnase: Mea parvitas)

Süddeutsche: Wilders schuld an Antisemitismus



[Wie PI berichtete](#) werden in Amsterdam wegen

der zunehmenden Übergriffe auf Juden nun Polizisten als sogenannte „Lockjuden“ eingesetzt, um die Täter noch vor Ort festnehmen zu können. Die *Süddeutsche Zeitung* schafft es mit Verdrehungen und Weglassungen, Täter und Opfer auszustauschen und auch sonst zu überraschenden Ergebnissen zu kommen.

Zunächst kommt in der [Süddeutschen](#) einer der Betroffenen zu Wort:

Ronny Naftaniel, Direktor der niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel, weiß: „Leute, die eine Kippa oder einen typisch jüdischen Hut trugen, sind bespuckt und beschimpft worden, ein paar Mal wurde der Hitlergruß gezeigt.“ Die Feindlichkeit gegenüber anderen Religionen und Nationalitäten sei spürbar, Naftaniel spricht von einer „generellen Atmosphäre“ und „einer eher destruktiven öffentlichen Debatte. Er hält die Pläne der Stadt deshalb für eine „phantastische Idee“: „Niemand sollte Angst haben müssen, sich durch seine Kleidung öffentlich zu einer Religion zu bekennen.“

Dann zeigt die *Süddeutsche Zeitung* auf, wer alles zu den Opfern gehört:

Doch nicht nur Juden werden auf offener Straße angegangen, es trifft auch Homosexuelle, Muslime oder andere Minderheiten.

Den ein oder anderen Leser mag dies nun überraschen, da in der oben genannten Berichterstattung durch PI nicht von Muslimen als Opfer die Rede war. Doch nicht nur PI hat die Muslime nicht zu den Opfern der laut *Süddeutschen* als „Ausländerfeindlichkeit“ eingeordneten Gewaltakte betrachtet. Vielmehr ist auch im entsprechenden Artikel der [Presse](#) von Muslimen ausschließlich als Tätern die Rede. Ebenso in dem der [Krone](#). Auch die [Financial Times Deutschland](#) konnte anders als die *Süddeutsche* unter den Opfern keine Muslime ausmachen. Eine vollständige Erhebung konnte nicht erfolgen. Aber nach den

bisherigen Ergebnissen dürfte klar sein, dass die deutschsprachige Presse im erschreckenden Ausmaße islamophob ist – einzig (bislang bekannte) rühmliche Ausnahme: Die *Süddeutsche* ist an der Seite der muslimischen Opfer.

Auch bei den Ursachen hat die *Süddeutsche* einen einzigartigen Ansatz:

Die Niederlande galten zwar lange als Vorbild für eine funktionierende Multikulti-Nation. Doch die jüngsten Wahlerfolge des Rechtspopulisten Geert Wilders zeigen: Der gute Ruf hat Kratzer bekommen. Wilders setzt sich für einen Einwanderungsstopp aus nichtwestlichen Staaten ein. Jeder sechste Niederländer stimmte bei den Parlamentswahlen im Juni für seine „Partei für die Freiheit“ und ihr islamfeindliches Programm.

Damit ist klar: Geert Wilders hat gegen den Islam gehetzt, mit der Folge, dass nun – da als einzige nicht unter den Opfern – einheimische Christen im Rahmen ihres Ausländerhasses Juden, Homosexuelle und Muslime verprügeln. Das aufgrund von Wilders zunehmend nationalistisch gefärbte Klima hat weitere Opfer. Darunter eins, von dem man diesen Zusammenhang nicht vermutete hätte. Daher also ohne Auslassung weiter im Text der *Süddeutschen*:

Das passt zum zunehmend nationalistischen Klima im Land. Symbol dieser Stimmung ist der Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh geworden. Der Regisseur war vor sechs Jahren von einem islamischen Fundamentalisten erschossen worden.

Wir lernen daraus: Wilders schaffte ein nationalistisches Klima. Wie schlimm es dabei kam, kann man an dem Mord an van Gogh erkennen. Die *Süddeutsche* zeigt daher auf, wie Wilders ein solches Klima schaffen konnte:

Gut fünf Prozent der 16 Millionen Niederländer sind Muslime,

die meisten kommen aus der Türkei und Marokko. Etwa 20 Prozent der Einwohner sind eingewandert, in Amsterdam stammt sogar die Hälfte der 765.000 Bürger nicht aus den Niederlanden, 20.000 Juden leben hier.

Mit solchen Zahlen schürt Geert Wilders Ängste, illustriert von Geschichten über Gewalt und Kriminalität in sogenannten Problemvierteln.

Nur wer nun wirklich keine Ahnung von Geert Wilders hat, wird ihm unterstellen, die Einwohnerzahl von Juden im Wahlkampf genutzt zu haben – schon gar nicht, um irgendetwas zu schüren. Nach Ansicht der *Süddeutschen* vermögen die Wähler von Wilders nur gemäß ihrer Emotion Angst zu wählen, die der PVV-Politiker mit „Geschichten“(!) über Gewalt und Kriminalität illustriert. Also alles nur erfunden und eingebildet – wenn man der *Süddeutschen* folgen wollte. Aus irgendeinem Grund muss man aber gegen die „Geschichten“ dennoch etwas unternehmen:

In so einem ist die Idee der polizeilichen Lockvogel-Aktion entstanden: Im Amsterdamer Stadtteil Slotervaart, einem Viertel mit besonders hohem Migrantenteil.

Die Idee stammt – wie PI bereits berichtete – von Geert Wilders, der dieses Mittel der Strafverfolgung erstmal in Bezug auf die homosexuellen Opfer vorschlug. Doch weiter mit der Ursachenforschung à la *Süddeutsche*:

Hier ist auch Theo van Goghs Mörder aufgewachsen. Hier, so scheint es, werden Opfer der ausländerfeindlichen Stimmung zu Tätern: Junge Muslime pöbeln Juden an, spucken, werden auch schon mal handgreiflich. Der sozialdemokratische Stadtrat Ahmed Marcouch hält diese Situation für „inakzeptabel“, wie er auf seiner Homepage schreibt.

Der gebürtige Marokkaner hat früher selber als Polizist gearbeitet und war Bezirkspräsident des Viertels. Marcouch

ist für sein hartes Vorgehen gegen Hangjüngeren, herumlungende Jugendliche, bekannt. In einem Schreiben appelliert er an die Verantwortlichen: „Ich meine, Sie sollten alles tun, um die Peiniger, die Verbrecher zu bekämpfen. Von mir aus setzen Sie ‚Lockjuden‘ ein, tun Sie alles, um die Verbrecher zu fassen. Das ist eine ernste Angelegenheit, die nicht nur die jüdische Gemeinde angeht, sondern uns alle. Ein Angriff auf die Juden ist ein Angriff auf mich und auf uns.“

Doch wie kam Marcouch auf die Idee, dass aus den muslimischen Opfern der „Ausländerfeindlichkeit“ Täter wurden? Das ist der *Süddeutschen* unglücklicherweise entgangen. Doch die [*Financial Times Deutschland*](#) vermag die von der *Süddeutschen* offen gelassene Lücke mit einer recht präzisen Beschreibung zu füllen:

Auslöser des plötzlichen Sinneswandels könnte eine Fernsehreportage vom Sonntag sein. Der jüdische TV-Sender Joodse Omroep begleitete den Rabbi Lody van de Kamp mit versteckter Kamera durch einige soziale Brennpunkte der Stadt – und filmte Schockierendes: Serienweise beschimpften arabisch aussehende Jugendliche den Rabbi, einer reckte gar die Hand zum Hitlergruß. „In extremistischen Kreisen gab es das auch schon vor einem Jahrzehnt, aber im Moment geschieht es auf der Straße, täglich“, sagt van de Kamp.

Und fährt mit einem Aspekt fort, der der *Süddeutschen* ebenfalls entgangen ist:

Tatsächlich scheint der Antisemitismus in den Niederlanden rapide zu wachsen. Nach einer Umfrage der Zeitschrift „Elsevier“ stößt beispielsweise jeder fünfte Lehrer in Großstädten beim Thema Holocaust auf Widerstand der Schüler.

Die *Süddeutsche* widmet sich lieber dem investigativen

Journalismus:

Boer (Anmerkung, Sprecher der Stadt) dementiert auf Anfrage von sueddeutsche.de Agenturmeldungen, wonach die Zahl der Angriffe zugenommen haben soll. „Bei uns gibt es nicht mehr oder weniger Zwischenfälle als in anderen Großstädten.“

Während die *Süddeutsche* vorgibt, wissen zu wollen, ob es mehr Übergriffe gibt (Relation zu Vorjahren), lässt sie sich die Antwort geben, dass es in anderen Großstädten genauso sei. Mit einer irrelevanten Antwort will die *Süddeutsche* ihren Lesern also suggerieren, es sei alles in bester Ordnung, hat sich doch schließlich nichts verändert. Eigentlich bilden sich alle nur etwas ein und setzen jetzt aus Langeweile die sogenannten Lockjuden und Lockhomosexuellen ein.

Dagegen wählt die [Presse](#) ein völlig „ungewöhnliches Mittel“. Sie lässt die von ihr befragten einen Bezug zum letzten Jahr herstellen.

Nach Angaben von CIDI [Niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel] haben derartige Angriffe in den Niederlanden deutlich zugenommen. Bei der Organisation „Meldpunt Discriminatie“ gingen 2009 allein für Amsterdam 41 entsprechende Meldungen ein – gegenüber 17 im Vorjahr. In den meisten Fällen werden derartige Attacken von Gruppen marokkanisch-stämmiger Jugendlicher verübt.

Führt man die Informationen aus dem Artikel der *SZ* und der *Presse* zusammen, ist in allen Großstädten der Niederlande die Zahl der Übergriffe um das knapp Zweieinhalbfache gestiegen. Und an all dem ist laut *Süddeutsche* Geert Wilders schuld, der ein nationalistisches Klima geschaffen hat, indem all dies passieren kann.

» redaktion@sueddeutsche.de